

Umweltbezogene Gerechtigkeit: Ansätze zur statistischen Messung

Diefenbacher, Hans

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Diefenbacher, H. (2008). Umweltbezogene Gerechtigkeit: Ansätze zur statistischen Messung. In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Die Natur der Gesellschaft: Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. Teilbd. 1 u. 2* (S. 3754-3765). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-155393>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Umweltbezogene Gerechtigkeit – Ansätze zur statistischen Messung

Hans Diefenbacher

Umweltbezogene Gerechtigkeit – Modebegriff oder neues Leitbild

Das Schicksal des Begriffs der »umweltbezogenen Gerechtigkeit« – etwas unpräzise, aber eingängiger häufig als »Umweltgerechtigkeit« bezeichnet – ist noch nicht entschieden. Wenn es ihm schlecht ergeht, dann wird der Begriff in einigen Jahren nicht mehr gewesen sein als eine kurzlebige Mode-Erscheinung, wie so manche wissenschaftliche Importe aus den USA. Der Begriff des »qualitativen Wachstums« hat dieses Schicksal erlitten, und der Begriff der »Nachhaltigkeit« ist derzeit in akuter Gefahr, die immer dann droht, wenn ein Begriff positiv besetzt, zugleich aber so unpräzise definiert ist, dass er nahezu beliebig mit Inhalten gefüllt und folgerichtig dann auch missbraucht werden kann.

Wie beim qualitativen Wachstum und bei der Nachhaltigkeit wäre ein solcher Verlauf der Diskussion auch bei der umweltbezogenen Gerechtigkeit äußerst fatal, denn auch dieser Begriff bezeichnet ein Leitbild für die Zukunft, mit dem zugleich angezeigt wird, dass die Gegenwart die damit ausgedrückte Vision eben längst noch nicht erfüllt. Umweltbezogene Gerechtigkeit thematisiert den Umgang der Menschen mit der Natur unter dem Aspekt der Gerechtigkeit. Das erfordert sowohl eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem, was Gerechtigkeit heißen kann, als auch ein Eingehen auf die natürlichen Gegebenheiten, auf die ökologischen Grenzen und Möglichkeiten dieses Planeten. Eine solche Betrachtung ist nur dann weiterführend, wenn zugleich die gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen mit reflektiert werden.

Umweltbezogene Gerechtigkeit verheißt daher eine effiziente Wirtschaft, die die Natur bewahrt und den Menschen Gerechtigkeit zuteil werden lässt. Diese Verheißung wird längst nicht von allen als realistisch eingeschätzt. Im Blick auf die Zerstörungen, die die Menschen in der Natur angerichtet haben, wird seit Jahrzehnten die These erörtert, dass sich das Ökosystem Erde erst dann auf einem neuen Level einpendeln kann, wenn es sich der lästigen Fehlbildung des homo sapiens wieder entledigt hat. Nicholas Georgescu-Roegen (1976: 33ff.) hat schon Mitte der 1970er Jahre in seinem »ökonomischen Minimalprogramm« die Frage offen gelassen, ob der Menschheit eher eine kurze und aufregende Zeitspanne oder

eine längere und ruhigere, mit den Bedingungen der Erde verträgliche Existenz beschieden sein würde. Und auch die Skepsis in Bezug auf einen sinnvollen Umgang mit dem Begriff der Gerechtigkeit ist weit verbreitet. So hat etwa Peter de Gijssel (1984: 7) in einem Vorwort zu einem Sammelband zum Thema »Wohlfahrt und Gerechtigkeit« polemisch gefragt, ob »nicht ohnehin jeder Versuch, diese Begriffe mit Inhalten zu füllen, zur Erkenntnis (führt), dass sich über sie letztlich nichts Klares, Praktisch-Relevantes und Verwertbares aussagen lässt.« Wer den Begriff der umweltbezogenen Gerechtigkeit daher zu einem neuen, die Politik prägenden Leitbild entwickeln will, muss diesen Resignationen eine positive Strategie entgegensetzen können.

Der folgende Beitrag soll eine einzige These entfalten und zur Diskussion stellen. Sie lautet: Umweltbezogene Gerechtigkeit wird als Begriff und Programm nur Bestand haben, wenn es gelingt, ein gesamtgesellschaftliches Mess-System zu etablieren, das über den Zustand und die Zielsetzung der Gesellschaft in Bezug auf das Leitbild der umweltbezogenen Gerechtigkeit möglichst präzise Auskunft geben kann. Wird ein solches Mess-System nicht entwickelt, bleibt das Konzept verschwommen, wird missbraucht und abgenutzt und schließlich – wie das »qualitative Wachstum« – fast wieder in Vergessenheit geraten.

Gerechtigkeit und umweltbezogene Gerechtigkeit

Gerechtigkeit ist eine der ältesten Leitideen für politisches und soziales Handeln (Diefenbacher 2001, Kap. 1). Wer den Begriff verwendet, muss zu drei Fragen Auskunft geben können:

- Wie wird *methodisch* mit der Frage der Gerechtigkeit umgegangen?
- Wird eine Entscheidung für bestimmte Gerechtigkeits*normen* getroffen?
- Wird eine Entscheidung für ein bestimmtes *Verfahren* zur Herbeiführung von Gerechtigkeit getroffen?

Je nach der Einstellung zu den genannten drei Fragen können (mindestens) die folgenden verschiedenen Positionen unterschieden werden (Diefenbacher 2001, Kap. 5):

- (1) Man kann den Standpunkt einnehmen, dass Gerechtigkeitsnormen überindividuell sind und daher keiner Bestätigung durch die Präferenzen der Wirtschaftssubjekte bedürfen. Auf religiösen Einstellungen gestützte Wertesysteme vertreten in der Regel diese Position.

- (2) Man kann das Problem der »Gerechtigkeit« aus der Ökonomie heraus verlegen, dann aber doch normative Kriterien für Gerechtigkeit in der Wirtschaft formulieren, deren Befolgung garantiert sein muss, damit die Wirtschaft funktioniert. Im Rahmen dieser Einstellung werden häufig Rahmenbedingungen für eine soziale, neuerdings auch sozial-ökologische Marktwirtschaft formuliert.
- (3) Man kann sich im Grunde außerstande sehen, über Gerechtigkeit zu reden und sich daher eines Konzeptes bedienen, das mit einem Minimum an überdies noch sehr schwachen normativen Vorgaben auskommt, für die man Plausibilität beansprucht. Dies ist in der Regel die Position der ökonomischen Neoklassik.
- (4) Man kann es nicht nur für unmöglich halten, über Gerechtigkeit zu reden, sondern es auch dann tatsächlich sein lassen und versuchen, jedes (ökonomische) Problem einzeln und ohne Rekurs auf allgemeine Moral-Regeln zu diskutieren und zu lösen: das Ergebnis ist ein »aufgeklärter, pragmatischer Immoralismus«.
- (5) Man kann das Problem der Gerechtigkeit auf eine Meta-Ebene verlegen. Man versucht dann, Bedingungen für die Verwendung des Prädikates »gerecht« anzugeben, ohne dabei etwas über die Inhalte solcher normativer Aussagen vorweg sagen zu wollen. Gerechtigkeit ist dann jeweils der Zustand, der sich als Ergebnis eines fairen Aushandlungsprozesses einstellt.
- (6) Man kann zwei ziemlich weit gehende Annahmen treffen. Erstens: Man geht von einer kardinalen Messbarkeit von Nutzen aus. Zweitens: Man behauptet überdies die Möglichkeit von interpersonellen Nutzenvergleichen. Gerechtigkeit kann dann als »Maximin-Aufgabe« begriffen und bewältigt werden, indem jeweils die Lebensbedingungen der Individuen verbessert werden sollen, die zu einem gegebenen Zeitpunkt in der Gesellschaft am schlechtesten gestellt sind. Und schließlich
- (7) kann man alle Versuche, das Problem der Gerechtigkeit zu lösen, als idealistische Luftballons bezeichnen, die sich um so weiter von der Erde entfernen, je elaborierter sie sind. Wer diese Position vertritt, hält die inhaltliche Füllung des Begriffs der Gerechtigkeit in der Regel für nichts anderes als ein bloßes Spiegelbild von Machtstrukturen und herrschenden Interessen.

Auf dem Hintergrund dieser Typologisierung kann die Definition der Umweltgerechtigkeit betrachtet werden, die die US-amerikanische Umweltschutz-Behörde (2007) zu diesem Begriff vorgibt:

»Environmental Justice is the fair treatment and meaningful involvement of all people regardless of race, color, national origin, or income with respect to the development, implementation, and enforcement of environmental laws, regulations, and policies. ... It will be achieved when everyone enjoys the same degree of protection from environmental and health hazards and equal access to the decision-making process to have a healthy environment in which to live, learn, and work.«

Umweltbezogene Gerechtigkeit erscheint hier als eine Kombination aus einer Verfahrensgerechtigkeit (fair treatment, equal access to the decision making process) und einem Gleichheitsgrundsatz im Bezug auf das Erdulden von Umweltbelastungen (same degree of protection). Als Startpunkt lässt sich diese Definition für den Versuch einer Operationalisierung des Begriffs durchaus verwenden.

Ansätze zu einem Mess-System für umweltbezogene Gerechtigkeit

Prinzipiell sind drei verschiedene Wege denkbar, um ein Mess-System für umweltbezogene Gerechtigkeit zu etablieren; dabei ist es durchaus möglich, auch Kombinationen dieser Zugänge zu konzipieren:

- Man könnte eine Korrektur des Bruttoinlandsprodukts mit Faktoren vornehmen, die Aspekte der Ökologie und der Gerechtigkeit in diese Kennziffer integrieren;
- es wäre denkbar, ein Modul für umweltbezogene Gerechtigkeit in das »Satellitensystem« der Umweltökonomischen Gesamtrechnung einzubauen;
- schließlich könnte man ein Indikatorensystem für Umweltgerechtigkeit auf regionaler oder lokaler Ebene entwerfen, das ebenfalls zur Grundlage regelmäßig zu erstellender Berichte werden könnte.

Diese drei Varianten sollen im Folgenden vorgestellt und diskutiert werden.

Korrektur des Bruttoinlandsprodukts

Die nachstehende Abbildung zeigt die Entwicklung der Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts in der Bundesrepublik Deutschland – die Größe, die sich mittlerweile zum zentralen Indikator der Politik entwickelt hat. Nach wie vor werden hier Wachstumsraten angestrebt, die sich als Durchschnittswert in den letzten beiden Jahrzehnten als völlig unrealistisch erwiesen haben, mehr noch: deren Realisierung vermutlich fatale Folgen zumindest für den Umweltzustand im Land haben würde.

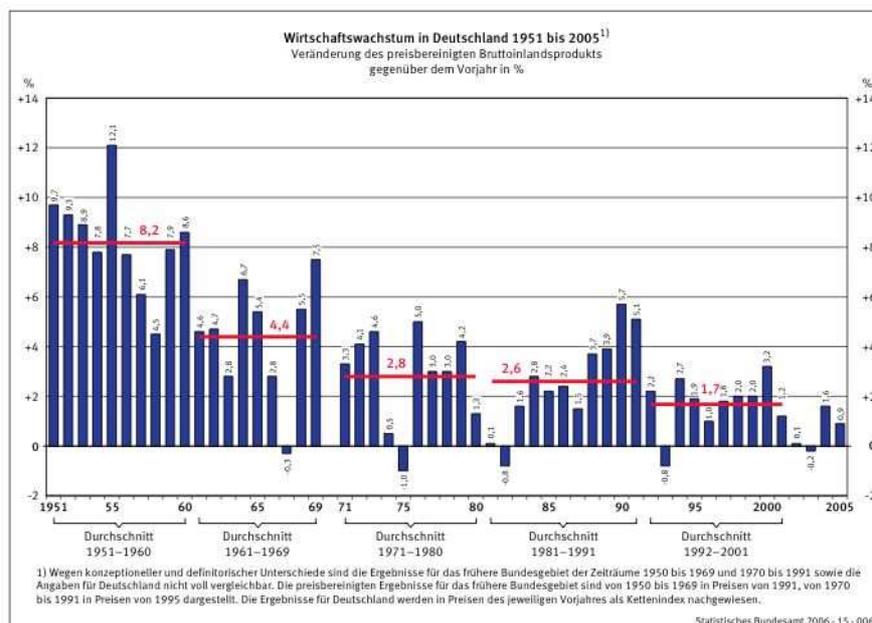


Abbildung 1: Wirtschaftswachstum in Deutschland 1951–2005

(Quelle: Statistisches Bundesamt, www.destatis.de, 18.07.2007)

Die Kritik am Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist seit mittlerweile dreißig Jahren (!) in der Literatur gut dokumentiert (Leipert 1975; Rubik 1985). Im BIP wird nicht berücksichtigt, wie der materielle Reichtum eines Landes verteilt ist; weder Einkommens- noch Vermögensverteilung gehen in den Indikator ein. Bestandsveränderungen von Ressourcen, Grund und Boden oder Humankapital werden nicht bewertet; der augenblickliche Reichtum kann daher mit einer Zerstörung der Substanz eines Landes erkaufte werden, ohne dass dies im BIP sichtbar würde. Hausarbeit, Nachbarschaftshilfe, Selbsthilfe, Eigenarbeit – die meisten Formen der nicht über den Markt vermittelten ökonomischen Aktivitäten bleiben unberücksichtigt. Leistungen der Natur gehen unentgeltlich ins BIP ein; Zerstörungen der Natur werden nicht bewertet; allenfalls werden sie dann – und zwar positiv – verbucht, wenn Naturzerstörungen wieder repariert werden. Gerade in Bezug auf ökologische Aspekte werden wohlstandssteigernde und wohlstandsmindernde Güter und Dienst-

leistungen demnach häufig nicht oder sogar – in ökologischer Perspektive – falsch verbucht.

Fast gleichzeitig mit der Kritik am BIP begannen Versuche der Entwicklung alternativer Wohlfahrtsmaße, die einen bestimmten oder mehrere Aspekte der genannten Schwächen korrigieren sollten. Auch diese Bemühungen sind in der Literatur sorgfältig dokumentiert worden (Klaus 1994; Pethig 1994). Immer wieder gab es auch wissenschaftliche oder politische Initiativen, die amtliche Statistik zur Berechnung eines »Öko-Sozialprodukts« zu veranlassen; in der Bundesrepublik Deutschland sind diese Bemühungen bislang nicht von Erfolg gekrönt worden.

Ein Versuch der Berechnung eines alternativen Wohlfahrtsmaßes, der in den Neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts intensiver diskutiert wurde, ist der »Index of Sustainable Economic Welfare« (ISEW), zu dem mittlerweile ein gutes Dutzend Länderfallstudien vorliegen, darunter auch für die Bundesrepublik Deutschland. In den ISEW gehen unter anderem auch Korrekturen ein, die für ein gesamtgesellschaftliches Maß für umweltbezogene Gerechtigkeit von Belang sind.

Der Index benutzt als Basis den Privaten Verbrauch und nimmt an dieser Basisgröße dann verschiedene Zu- und Absetzungen vor. So wird der Private Verbrauch zunächst mit einem Index der Einkommensverteilung gewichtet – auf der Grundlage der Annahme, dass ein zusätzliches Wachstum des Privaten Verbrauches gesamtgesellschaftlich um so weniger zur Steigerung der Wohlfahrt beiträgt, je ungleicher die Einkommen in der Gesellschaft verteilt sind. Als wohlfahrtssteigernd wird ein Wertansatz für unbezahlte Hausarbeit hinzuaddiert, wobei hier auch Gerechtigkeitsaspekte eine Rolle spielen, denn informelle Arbeit sollte gleichrangig zur bezahlten Arbeit betrachtet und gesellschaftlich geschätzt werden. Die meisten Korrekturen bestehen jedoch in Subtraktionen von Wertansätzen für Güter, Dienstleistungen und Folgen wirtschaftlicher Aktivitäten, die als wohlfahrtsmindernd angesehen werden, darunter vor allem Kosten für Umweltbelastungen und für langfristige Umweltschäden. Durch den letztgenannten Kostenansatz sollen die Aufwendungen symbolisiert werden, die zukünftige Generationen zu tragen haben, um die Folgeschäden des heutigen Wirtschaftens zu beseitigen.

Das nachstehende Schaubild zeigt einen Vergleich der Entwicklung des ISEW und des BIP zwischen 1950 und 1992. Deutlich ist, dass der ISWE in der Regel langsamer wächst als das BIP und dass nach 1980 die Werte des ISEW im Gegensatz zum BSP für einige Jahre sogar wieder rückläufig sind. Dieser Trend – ein langsames Ansteigen des ISEW, dem eine Phase der Stagnation oder des Rückgangs bei gleichzeitigem weiterem Wachstum des BIP folgt – ist für fast alle der vorliegenden Länderstudien charakteristisch.

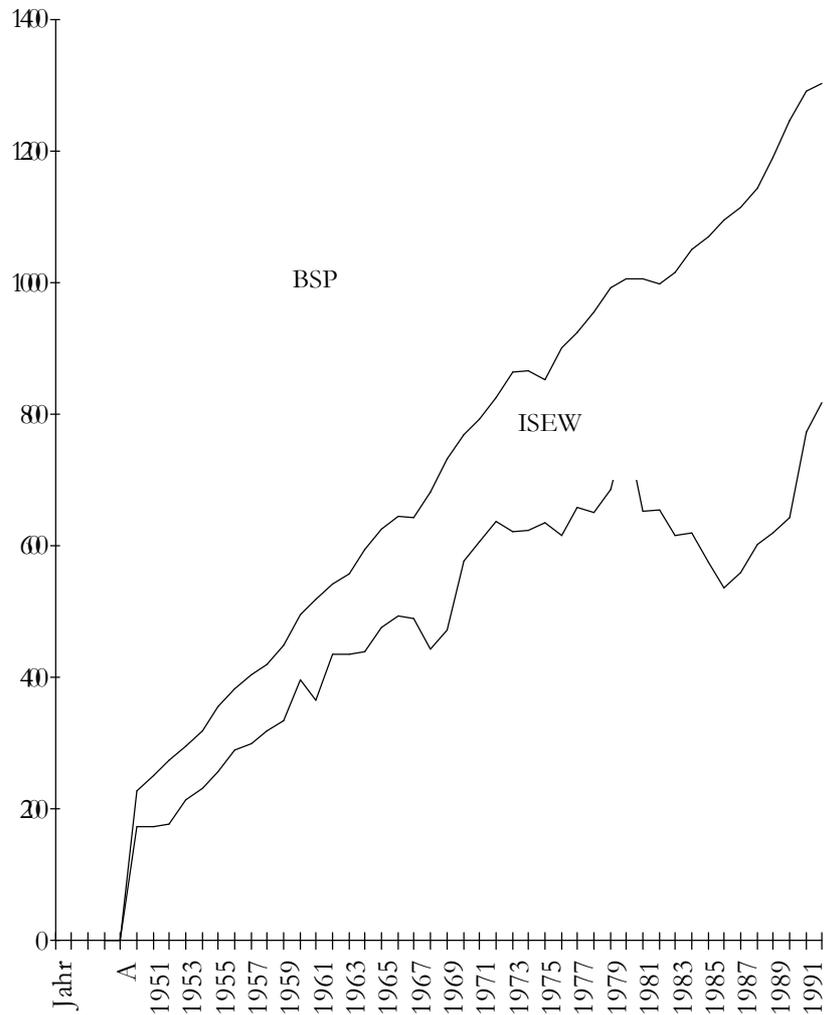


Abbildung 2: BSP und ISEW im Vergleich, Bundesrepublik Deutschland/ Alte Bundesländer 1950–1992

(Quelle: Diefenbacher 1995)

Der ISEW berücksichtigt noch wesentlich mehr Korrekturen zum BIP als jene, die hier erwähnt wurden. Von den bislang vorliegenden alternativen Gesamt-Indikato-

ren ist er vermutlich derjenige, der am weitesten auf den Aspekt der umweltbezogenen Gerechtigkeit eingeht, indem er sowohl ein Maß der Einkommensverteilung als auch den Aspekt der intergenerationellen Belastung durch Umweltschäden aufnimmt. Der ISEW leistet es aber nicht, die diesbezüglichen intragenerationellen Differenzen abzubilden. Ein Gesamt-Indikator, der diesen Anspruch erfüllt, müsste noch entwickelt werden.

Ein Modul im Satellitensystem der Umweltökonomischen Gesamtrechnung

Die Umweltökonomische Gesamtrechnung (UGR) ist in der Bundesrepublik Deutschland als Satellitensystem zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) auch als Antwort auf die Diskussion um die Einführung eines Ökosozialprodukts als Korrektur des BIP entstanden. Nach intensiver Diskussion im Beirat für umweltökonomische Gesamtrechnung hat das Statistische Bundesamt beschlossen, kein »green national product« vorzulegen, sondern umweltökonomische Ergänzungsinformationen in Form von Modulen zur VGR vorzulegen.

In den letzten Jahren sind eine Reihe solcher Module erarbeitet und mit statistischen Daten gefüllt worden. Dazu zählen Module

- zur Material- und Energieflussrechnung,
- zur Nutzung von Fläche und Raum,
- zum Naturvermögen und zum Umweltzustand,
- zu einer Cost-Benefit-Analyse des Umweltschutzes und
- zur Kalkulation von Vermeidungskosten.

Module zur Umweltaspekten der Landwirtschaft und zum Verkehr sollen folgen. In letzter Zeit hat das Statistische Bundesamt außerdem intensiv zur Einordnung der 21 Nachhaltigkeitsindikatoren gearbeitet, die in der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung publiziert wurden.

Denkbar wäre nun, auch das Thema der umweltbezogenen Gerechtigkeit in Form eines Moduls in die UGR einzugliedern und damit für eine regelmäßige statistische Berichterstattung aufzubereiten. Auch hier müsste in einem ersten Schritt ein Satz von Kennziffern entwickelt und getestet werden, die geeignet sind, die verschiedenen Aspekte umweltbezogener Gerechtigkeit auf gesamtgesellschaftlichem Niveau abzubilden. Da ein solcher Satz von Kennziffern derzeit noch nicht vorliegt, wäre dessen Erstellung eine wichtige Aufgabe der angewandten Umwelt- und Sozialstatistik, die

nur in engem Austausch mit den Diskussionen zur Entwicklung der theoretischen Konzepte zur umweltbezogenen Gerechtigkeit gelöst werden kann.

Regionale und lokale Indikatorensysteme

Viele Diskussionen zur umweltbezogenen Gerechtigkeit begannen auf regionaler oder lokaler Ebene. In vielen Regionen sind Menschen von Umweltbelastungen in sehr unterschiedlicher Weise betroffen. Wer an einer Hauptverkehrsstraße lebt und ständig Lärm und Abgasen der Kraftfahrzeuge ausgesetzt ist, lebt anders als Menschen in unbelasteten Wohngebieten. Der Zusammenhang zwischen diesen Beeinträchtigungen und der Häufigkeit von Krankheiten ist mittlerweile zweifelsfrei belegt. Wechselwirkungen lassen sich auch bei Umweltbelastungen am Arbeitsplatz oder an Orten zeigen, die über kein einwandfreies Trinkwasser verfügen oder in der Nähe von Industrieanlagen liegen, die Schadstoffe emittieren. In einigen Fällen sind auch gesundheitliche Beeinträchtigungen durch Altlasten im Boden nachgewiesen worden.

Neben der Belastung durch Umweltbeeinträchtigungen kann auch der Zugang zu Umweltressourcen sehr unterschiedlich ausgeprägt sein. Der Ressourcenverbrauch von Menschen ist extrem unterschiedlich, was etwa durch die Berechnung individueller »ökologischer Fußabdrücke« gezeigt werden kann. Aber auch ganz simple Dinge wie Zugangsmöglichkeiten zu Naherholungsgebieten, Spielplätzen oder öffentlichen Parks kann in einer Kommune oder einer Region sehr verschieden ausfallen.

Ein erster Ansatz, das Thema der umweltbezogenen Gerechtigkeit daher auf regionaler oder lokaler Ebene sichtbar zu machen, besteht daher in dem Versuch, kommunale oder regionale Nachhaltigkeitsberichte durch Indikatoren zu ergänzen, die verschiedene Aspekte aus diesem Bereich aufarbeiten. Auch hier wäre es wichtig, die Berichterstattung kontinuierlich über einen längeren Zeitraum durchzuführen, um Veränderungen zeigen zu können – insbesondere dann, wenn die Politik auf bestimmte Problemanzeigen mit Maßnahmen reagiert.

Die beiden folgenden Schaubilder zeigen die Unterschiede in der lokalen Ausprägung des Indikators »vorzeitige Sterblichkeit« in einer Region, nämlich dem Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim, dem diese beiden Städte und 16 weitere Kommunen im baden-württembergischen Teil des Rhein-Neckar-Raumes angehören. Dargestellt werden der Anteil der Menschen, die vor dem 65. Lebensjahr sterben, normiert auf eine Grundgesamtheit von 100.000 Personen. Im zweiten Schaubild wird außerdem deutlich, dass zwischen der vorzeitigen Sterblichkeit von Männern und Frauen ein erheblicher Unterschied besteht.

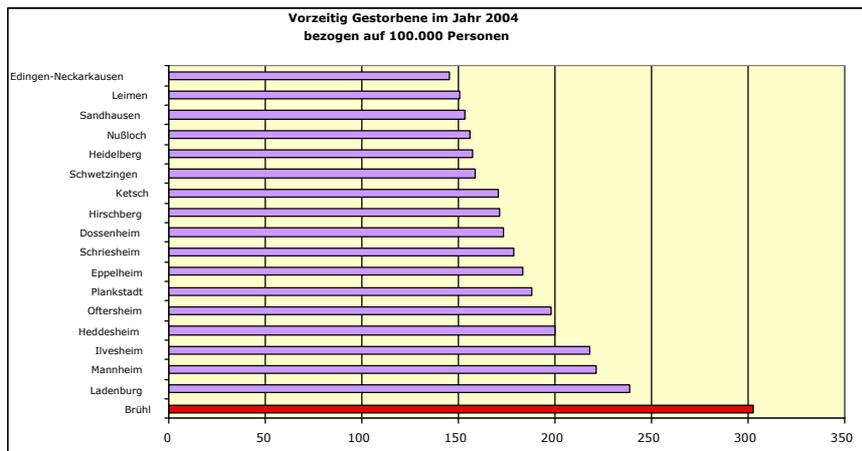


Abbildung 3: Vorzeitige Sterblichkeit (Nachbarschaftsverband HD – MA)

(Quelle: Stat. Landesamt Baden-Württemberg, eigene Berechnungen)

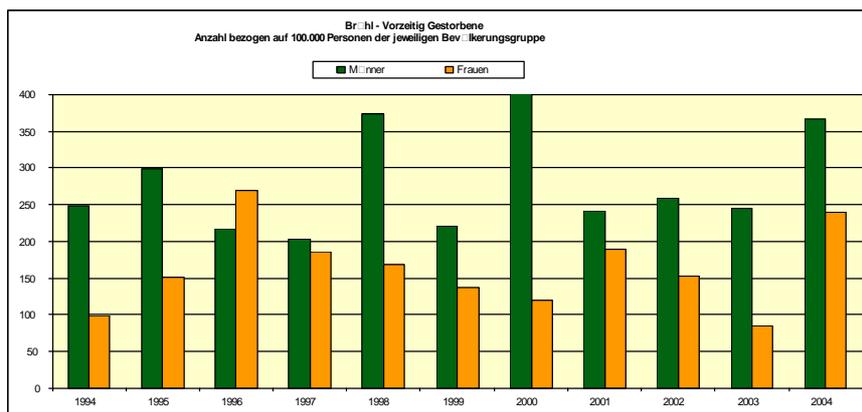


Abbildung 4: Vorzeitige Sterblichkeit (Nachbarschaftsverband HD – MA: Brühl m/f)

(Quelle: Stat. Landesamt Baden-Württemberg, eigene Berechnungen)

Der Indikator der vorzeitigen Sterblichkeit umfasst selbstverständlich nicht nur die Todesfälle, die auf Umweltbelastungen zurückzuführen sind. Auch andere Faktoren – Drogenmissbrauch, Verkehrsunfälle, Krankheiten wie AIDS, Säuglingssterblichkeit – haben Auswirkungen auf das Ergebnis. Die vorgestellten Indikatoren sind erste Beispiele für mögliche Zugänge zum Thema umweltbezogener Gerechtigkeit auf lokaler und regionaler Ebene. Je nach den spezifischen Problemen müssen vor Ort weitere Indikatoren entwickelt und in Zeitreihen ausgearbeitet werden; erst nach Vorliegen vieler Studien dieser Art könnte dann der Versuch einer Standardisierung in Angriff genommen werden.

Ein vorläufiges Fazit

Bei der Entwicklung statistischer Berichtssysteme auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene stellen sich methodische Probleme, die auch aus anderen Bereichen der Arbeit mit Nachhaltigkeitsindikatoren bekannt sind. Sollen Informationen in wenige Kennziffern oder gar zu einem Gesamt-Index verdichtet werden, oder soll die Vielfalt der Problemstellungen differenziert abgebildet werden? Sind Politik und Verwaltungen bereit, für neuartige Informationssysteme und -bedürfnisse Geld auszugeben oder muss versucht werden, auf bereits verfügbare Daten zurückzugreifen? Wenn schließlich Daten vorliegen: Wie wird der dann folgende Prozess der Bewertung der Ergebnisse organisiert, der wiederum ausschlaggebend dafür sein wird, ob und welche Handlungsempfehlungen und Maßnahmen umgesetzt werden?

Umweltbezogene Gerechtigkeit ist weder als wissenschaftliche Themenstellung noch als Aufgabe für die Politik wirklich neu. Neu ist die Perspektive, unter der in diesem Ansatz Fragen der Ökologie und der Gerechtigkeit zusammen betrachtet werden. Die Entwicklung statistischer Mess-Systeme, die spezifisch auf diese Perspektive eingehen, steckt noch in den Anfängen, ist aber dringend erforderlich, wenn die Beschäftigung mit den Fragen umweltbezogener Gerechtigkeit als Aufgabe der Umwelt- und Sozialpolitik dauerhaft etabliert werden soll.

Literatur

- Diefenbacher, Hans (1995), *Der Index of Sustainable Economic Welfare – Eine Fallstudie für die Bundesrepublik Deutschland 1950 – 1990*, Heidelberg.
- Diefenbacher, Hans (2001), *Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit – zum Verhältnis von Ethik und Ökonomie*, Darmstadt.

- Georgescu-Roegen, Nicholas (1976), *Energy and Economic Myths. Institutional and Analytical Economic Essays*, Oxford.
- Gijssels, Peter de (1984), »Vorwort«, in: ders. u.a. (Hg.), *Wohlfahrt und Gerechtigkeit. Jahrbuch Ökonomie und Gesellschaft*, Bd. 2, Frankfurt a.M.
- Klaus, Joachim u.a. (1994), *Umweltökonomische Berichterstattung – Ziele, Problemstellungen, praktische Ansätze*, Stuttgart.
- Leipert, Christian (1975), *Unzulänglichkeiten des Sozialprodukts in seiner Eigenschaft als Wohlfahrtsmaß*, Tübingen.
- Pethig, Rüdiger (Hg.) (1994), *Valuing the Environment – Methodological and Measurement Issues*, Dordrecht/Boston/London.
- Rubik, Frieder (1985), »Das Bruttosozialprodukt als Indikator für Lebensqualität? Kritik und Alternativen«, in: Projektgruppe Ökologische Wirtschaft (Hg.), *Wirtschaften im Einklang mit der Natur*, Freiburg, S. 145–176.
- US Environmental Protection Agency: »Environmental Justice«, in: <http://www.epa.gov/environmentaljustice/index.html> (15. Januar 2007).